

# Die Niederlande

Marij Leenders<sup>1</sup>

Die Minderheitsregierung Rutte I, die die VVD (Rechtsliberale) und die CDA (Christdemokraten) bildeten und die mit der Duldung durch die PVV (Rechtspopulisten) regierte, stürzte im April 2012 über die Strategie bei der Bekämpfung des Haushaltsdefizits. In der Folge der Regierungskrise wurden für den 12. September 2012 Neuwahlen angesetzt. Der Wahlkampf wurde vor allem von Fragen zur Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise, des Gesundheitssystems, des Wohnungsmarktes und Europa geprägt. Anfangs sah es danach aus, dass sich der Streit zuspitzen würde auf ein Gefecht zwischen der VVD und der SP (Sozialisten). Doch schlussendlich musste die Entscheidung zwischen den Parteien der politischen Mitte – VVD und PvdA (Sozialdemokraten) – fallen. Das Ergebnis überraschte: Die Wähler hatten sich größtenteils für die politische Mitte entschieden, wobei die VVD (+10 Sitze) und die PvdA (+8) den größten Gewinn machten. Die Parteien am rechten und linken Rand des Parteienspektrums, die PVV (-9) und die SP 15 (0) mussten dagegen erhebliche Verluste hinnehmen bzw. konnten die erwarteten Zugewinne nicht einfahren.

Der PvdA und der VVD gelang es innerhalb von zwei Monaten, eine Regierung zu bilden, der erneut der Liberale Mark Rutte als Ministerpräsident vorstand. Die Regierung hatte wohl in der *Tweede Kamer* die Mehrheit, nicht jedoch in der *Eerste Kamer*. Die *Eerste Kamer* ist anders zusammengesetzt als die *Tweede Kamer*, weil diese nur alle vier Jahre durch die *Provinciale Staten* gewählt wird. Das Suchen nach einer Mehrheit für die Regierungspolitik in der *Eerste Kamer* führt regelmäßig zu Spannungen. Diese Suche bewirkt jedoch auch, dass das Regierungsabkommen, das die politischen Absprachen umfasst, die die Koalitionsregierung umsetzen will, aufgeweicht wurde. Noch bevor die Regierungserklärung verlesen war, musste der Koalitionsvertrag bereits modifiziert werden.

Laut Regierungsabkommen sollte die Zusammenarbeit von Liberalen und Sozialdemokraten große Reformmaßnahmen und notwendigen Aufbruch ermöglichen: Im Gesundheitssystem, auf dem Immobilienmarkt, auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie in der Außenpolitik und in Energiefragen. Durch diese Reformen sollten die Niederlande gestärkt aus der Krise hervorgehen. Der neue Elan der ersten Regierungsmonate wurde alsbald durch Widerstände der jeweiligen Parteibasis geschmälert, insbesondere die der VVD, die sich mit der Idee einer einkommensabhängigen Sozialprämie schwer tat. Die Parteimitglieder taten ihren Unmut über diese Nivellierungsmaßnahme kund, die außerdem nicht zu den gewünschten Budgetentlastungen führen würde. Nach langen Verhandlungen akzeptierte die Parteifraktion jedoch die Koalitionsvereinbarungen. Die PvdA, für die eine einkommensabhängige Sozialprämie ein seit Jahrzehnten gehegtes politisches Ziel war, hatte jedoch auch Abstriche machen müssen. Bei der Umsetzung wird der Teufel im Detail stecken. Manche Statistiken besagten, dass bestimmte Gruppen der Bevölkerung zehn bis zwanzig Prozent ihrer Kaufkraft einbüßen würden. Folglich wurde die parlamentarische

---

1 Übersetzt aus dem Niederländischen.  
Mit Dank an Jan Ramakers.

Aussprache über die Regierungserklärung verschoben und auch der Senat (*Eerste Kamer*) mischte sich in die Debatte ein. Die Parlamentsfraktionen von CDA, D66 und SP erklärten, die Pläne nicht ohne Weiteres akzeptieren zu wollen. Die VVD wollte die einkommensabhängige Prämie kippen. Damit die Koalition nicht zerbräche, noch bevor die Regierungserklärung verlesen worden war, musste nachgebessert werden. Das Ergebnis war, dass der Plan für das Gesundheitswesen aufgegeben wurde. Ministerpräsident Rutte musste sich dafür entschuldigen, dass er in seiner Funktion als VVD-Chefunterhändler einen Fehler begangen hatte. Der Fehlstart der zweiten Regierung Rutte war für die Opposition gefundenes Fressen in der Debatte über die Regierungserklärung.

### **Abdankung und Thronnachfolge**

Das Ereignis, das neben der Wirtschaftskrise in den Niederlanden die meiste Aufmerksamkeit auf sich zog, war die Ankündigung von Königin Beatrix am 29. Januar 2013, zwei Tage vor ihrem 75. Geburtstag, dass sie abdanken würde. Im Jahr des Thronwechsels zeigt sich, dass die Monarchie eine unvermindert hohe Popularität genießt. Umfragen zufolge war eine große Mehrheit (85 Prozent) der Niederländer für den Erhalt der Monarchie und nur eine kleine Minderheit für eine Republik.<sup>2</sup>

In einem Interview am Vorabend der Inthronisierung beteuerte Willem Alexander, dass er auch ein rein zeremonielles Königtum akzeptieren würde: „Solange es demokratisch und nach den Regeln des Grundgesetzes zustande kommt, akzeptiere ich alles. Ich habe damit keine Probleme, dafür bin ich König.“<sup>3</sup> Er erklärte auch, dass er seiner Meinung nach gut vorbereitet sei, die Aufgaben von seiner Mutter zu übernehmen.

Am 30. April 2013 fand der Thronwechsel statt. Wie die Tradition es vorsah unterschrieb Königin Beatrix die Abdankungsurkunde im Paleis op de Dam und Prinz Willem Alexander wurde während einer gemeinsamen Sitzung der beiden Parlamentskammern in der Grote Kerk in Amsterdam als König inauguriert. Der neue König schwor einen Eid auf die Verfassung. 16 Parlamentsabgeordnete verweigerten jedoch den rein symbolischen Eid oder Gelöbnis auf den neuen Monarchen. Die Abgeordneten der Sozialisten blieben der Feierlichkeit fern. Gleichzeitig wurde Königin Beatrix wieder Prinzessin und Maxima die neue Königin.

### **Die Wirtschaftskrise**

Die offiziellen nationalen Statistiken besagen, dass die niederländische Volkswirtschaft schrumpft, dieses Jahr um ein Prozent.<sup>4</sup> Für 2014 wird ein minimales BIP-Wachstum in ähnlicher Höhe erwartet. Das Haushaltsdefizit wird 2013 geschätzte 2,7 Prozent erreichen. Demzufolge wird das BIP von 2014 ziemlich genau dem des Jahres 2007 entsprechen, ein Wirtschaftswachstum war in den letzten sieben Jahre insgesamt nicht zu verzeichnen. Die Folgen zeigen sich auf dem Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote, die bald die 7 Prozent erreichen wird. Die für die Niederlande prognostizierten Wachstumszahlen sind für 2013 etwas schlechter als die für den gesamten Euroraum und liegen für 2014 genau im europäischen Durchschnitt. Seit der Jahrhundertwende entspricht die niederländische Wachstumsrate ziemlich genau den europäischen Durchschnittswerten, was die Abhängigkeit des Landes von der Außenwirtschaft unterstreicht.

---

2 <http://www.tns-nipo.com/default.aspx/>.

3 <http://nos.nl/op3/artikel/496823-het-interview-met-willemalexander-en-maxima.html>.

4 <http://www.cpb.nl/cijfers>.

Im Mai 2013 gestand EU-Kommissar Olli Rehn den Niederlanden etwas überraschend ein Jahr Aufschub bei der Erfüllung der EU-Vorgabe einer Haushaltsdefizitquote von 3 Prozent zu. Die Europäische Kommission war der Meinung, dass die Überschreitung nicht durch fehlende Reformanstrengungen, sondern durch die Kosten der Nationalisierung einer Bank und ungünstige makroökonomische Entwicklungen verursacht worden war.<sup>5</sup> Wenn es kein Aufwärtstrend gibt, wird die Regierung jedoch im Herbst 2013 neue Reform- und Sparpakete für den Staatshaushalt 2014 schnüren müssen, damit die Drei-prozentgrenze eingehalten werden kann.<sup>6</sup>

### **Eine neue Regierung, eine neue Haltung zur EU?**

Obwohl Premierminister Rutte mehrfach betonte, dass sich mit der neuen Regierung die Haltung gegenüber der EU nicht ändern würde, ist der Ton doch etwas proeuropäischer geworden.<sup>7</sup> Diese subtile Änderung wurde durch die Ernennung von Finanzminister Dijsselbloem zum Vorsitzenden der Eurogruppe im Januar 2013 verstärkt. Die Niederlande stehen nicht länger an der Seitenlinie, sondern reden in Brüssel wieder mit. Die Anti-Europa-Positionen insbesondere der PVV von Geert Wilders und das Nein im Verfassungsreferendum 2005 vermittelten international den Eindruck, die Niederlande seien zu einem eurokritischen Mitgliedstaat mutiert. Viele hofften, dass Dijsselbloem diese Tendenz in der öffentlichen Meinung würde umkehren können und die nationalen und die europäischen Interessen miteinander in Einklang bringen würde. Andere haben dies dagegen bezweifelt. So fragten sich die Oppositionsparteien, ob ein Minister als Vorsitzender der Eurogruppe überhaupt noch adäquat für die niederländischen Interessen eintreten könne. Was wäre zum Beispiel, wenn die Regierung beschließen würde, das Haushaltsdefizit nicht bis zu der von Europa geforderten Dreiprozentgrenze zu senken? Außerdem zweifelte die Opposition, ob es überhaupt zeitlich möglich wäre, diese anspruchsvolle Funktion mit dem Ministeramt zu kombinieren. Die PVV nannte den Minister „einen Europhilen“ und stellte einen Antrag, der von den meisten Angeordneten als ein Misstrauensvotum verstanden wurde.<sup>8</sup> Dies ging jedoch auch den Euroskeptikern der Sozialisten (SP), der ChristenUnie und der Partij voor de Dieren zu weit. Die SP forderte die Regierung in einem Antrag auf, auf die europäische Kandidatur Dijsselbloems zu verzichten. Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit verworfen. Dijsselbloem machte trotzdem Zugeständnisse, indem er ankündigte, manche Aufgaben seinem Staatssekretär Frans Weekers übertragen zu wollen. Vorerst scheinen die Vorteile dieser Doppelfunktion größer als die Nachteile zu sein.

Die Koalition musste sich insgesamt mächtig ins Zeug legen, um ihre Europapolitik zu erläutern und zu rechtfertigen. Zwei Themen waren dabei besonders strittig. Das erste Politikum war die Übertragung souveräner Kompetenzen an Brüssel. Am Vorabend des Europäischen Rats im Dezember 2012 gab es zu diesem Thema eine Aussprache im Parlament.<sup>9</sup> Nach Meinung der Regierungsparteien war von der Übertragung weiterer Kompetenzen gar nicht die Rede, höchstens von zwischen Kommission und Mitgliedsländern geteilten Befugnissen. Auch die noch zu gründende Europäische Bankenunion würde keinen Souveränitätsverlust bedeuten, sondern nur neue gemeinsame Kompetenzen. Die Oppositions-

---

5 <http://www.europa-nu.nl>.

6 <http://www.europa-nu.nl>.

7 <http://www.kabinetformatie2012.nl/actueel/documenten/regeerakkoord.html>.

8 Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 17. Januar 2013.

9 Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 5. Dezember 2012.

parteien waren jedoch nicht überzeugt. Der linksliberale Oppositionsführer Pechtold sprach von einem Wortspiel, da die Regierung nicht willens sei, zuzugeben, dass in der Tat Kompetenzen und souveräne Rechte übertragen werden würden. SP und PVV wollen ein Referendum über die Ergebnisse des bevorstehenden Europäischen Rates organisieren.

Ein anderes wichtiges Europathema war das Bestreben, die Kontrolle der Mitgliedstaaten über die Europäische Kommission auszuweiten. Die *Eerste Kamer* hatte am 1. November 2012 beim *Raad van State* (Verfassungsorgan zur Beratung der Regierung) den Antrag gestellt zu prüfen, ob die heutige demokratische Kontrolle über die Beschlussfassung und Ausführung europäischer Regeln in den finanz-, währungs- und wirtschaftspolitischen Bereichen ausreiche. Die *Eerste Kamer* wollte dabei wissen, welche Mechanismen notwendig sind, um die Rechte und Kompetenzen des niederländischen Parlaments, insbesondere das Budgetrecht, auch in Zukunft sicherzustellen. Außerdem wollte der Senat eine Empfehlung bezüglich der Notwendigkeit neuer demokratischer Mechanismen im Falle weiterer Souveränitätsübertragungen. Der *Raad van State* formulierte eine Reihe Empfehlungen.<sup>10</sup> Erstens sollten *Eerste* und *Tweede Kamer* mehr Mitspracherechte erhalten, was die Wirtschaftspolitik der EU angeht und die *Tweede Kamer* sollte künftig im Frühjahr den Staatshaushalt debattieren (und nicht mehr wie bisher erst im Herbst). Die Niederlande wären dann besser in der Lage, ihre finanzpolitischen Verpflichtungen gegenüber Brüssel zu erfüllen. Zweitens sollte das Parlament mehr Kontrolle über Zahlungen aus dem europäischen Notfonds ESM ausüben. Drittens wurde empfohlen, den nationalen Parlamenten mehr Mitspracherechte in der vom EU-Vorsitzenden Van Rompuy entworfenen neuen Wirtschaftspolitik der EU einzuräumen. Viertens brachte der *Raad van State* schließlich die Idee eines eigenen Parlaments für die Eurozone ins Spiel. Damit könne verhindert werden, dass Nicht-Eurostaaten über Fragen mitentscheiden, die nur die Länder der Eurozone betreffen. Wie die Empfehlungen eines solch einflussreichen Kollegiums politisch umgesetzt werden könnten, bleibt offen.

Die in den Medien weit vertretene Auffassung, die Niederlande haben sich in den letzten Jahren immer mehr von einem Vorkämpfer der europäischen Integration zu einem Beschwerdeträger entwickelt, muss differenzierter betrachtet werden.<sup>11</sup> Dabei ist es wichtig, zwischen der Diskussion in der breiten Öffentlichkeit und der konkreten Wirklichkeit der Europapolitik und dem Vertragswerk zu unterscheiden. In der Öffentlichkeit sinkt in der Tat die Zustimmung für die EU-Mitgliedschaft der Niederlande: 2011 waren es 68 Prozent (47 Prozent in der EU insgesamt) und im Herbst 2012 nur noch 49 Prozent (in der EU 50 Prozent).<sup>12</sup> In der Politik hat sich aber viel weniger geändert: Die meisten Entscheidungen wurden unter dem Aspekt von Nutzen und Notwendigkeit gefällt. Manchmal fällt die Entscheidung dementsprechend eher intergouvernemental aus, ein ander Mal aber eher supranational. Das eine Mal überwiegt die europäische Gesetzgebung, das andere Mal Deregulierung und Koordination zwischen souveränen Staaten. Umgekehrt kam die kritischere Haltung der niederländischen Politik gegenüber Brüssel 2005 nicht aus dem Nichts. Entscheidend ist die Frage, ob Politiker den politischen Willen aufbringen, um die Wähler vom Nutzen Europas zu überzeugen.

---

10 <http://www.raadvanstate.nl>; Handelingen Eerste Kamer, 1. November 2012.

11 Siehe hierzu die Studie von A. Schout und J. Rood (Hrsg.): *Nederland als Europees lidstaat: eindelijk normaal?*, Amsterdam 2013.

12 [http://www.europa-nu.nl/id/vh93qqnk8atd/nederland\\_over\\_europa](http://www.europa-nu.nl/id/vh93qqnk8atd/nederland_over_europa).